

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie mit dem Abdruck der Gesetze und Verordnungen 3 Uhr für den folgenden Tag. Derzeitige der
Veröffentlichung monatlich 4 Mk., durch unter Vorlage der Gesetze in der Stadt monatlich 4 Mk., auf dem Lande
4 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Postboten sowie
andere Händler und Geschäfte nehmen gegen Vorzahlung entgegen. Im Falle höherer Steuern, Abgaben oder
andere Betriebsänderungen bei der Zeitung können Abdruck auf Lieferung der Zeitung oder Änderung des Preises eintreten.



Inhaltspreis 1 Mk. für die halbjährige Abgabe über deren Namen, Leipzig, Postfachkonto 28614. Bei
Vorbestellung und Jahresabgabe entsprechende Preisermäßigung. Bei Annullierung im amtlichen Teil der
Zeitung die 2 halbjährige Abgabe 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 20 Mk. Annullierung im amtlichen Teil der
Zeitung 20 Mk. Für die Abgabe der Zeitung übernahmene Abgabe über deren Namen, Leipzig, Postfachkonto
28614. Bei Vorbestellung und Jahresabgabe entsprechende Preisermäßigung. Bei Annullierung im amtlichen Teil der
Zeitung die 2 halbjährige Abgabe 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 20 Mk. Annullierung im amtlichen Teil der
Zeitung 20 Mk. Für die Abgabe der Zeitung übernahmene Abgabe über deren Namen, Leipzig, Postfachkonto
28614.

Ersteinstellung seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 83.

Dienstag den 12. April 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 14. April 1921 abends 7 Uhr
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten,
anschließend gemeinschaftliche Sitzung des Rats und der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.
Wilsdruff, am 11. April 1921. Der Stadtverordnetenvorsteher. — Der Bürgermeister.

Kesselsdorf.

In den nächsten Tagen ist 1 Waggon Briefetto zu erwarten; Bestellungen sind so-
fort bei der Firma P. Feinmann, hier, zu bewirken.

Kesselsdorf, am 9. April 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der preussische Landtag wählte mit großer Mehrheit dem Zentrumsgesandten Stegerwald zum Ministerpräsidenten.
- * Die neue Zollgrenze im Westen soll am 20. April in Kraft treten.
- * Im Saargebiet ist von den Franzosen gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages die Frankenswährung eingeführt worden.
- * Der Landtag in Schwerin wählte zum Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten Stöcker.
- * Im englischen Bergarbeiterstreik werden die Verhandlungen fortgesetzt. Man hofft, zu einer Einigung zu gelangen.
- * Die türkischen Truppen haben den Vormarsch in Richtung Smirna wieder aufgenommen.

Zeugen für Deutschland.

Allen Vorstellungen von deutscher, auch von neutraler Seite, daß sie mit ihren törichten „Sanktionen“ auf dem besten Wege wären, die Henne zu schlachten, die ihnen Milliardenere legen soll, haben die Franzosen mit unerbittlicher Verbosstheit ihr Ohr verschlossen. Was konnte sich in solchen Warnungen anderes aussprechen als der berüchtigte böse Wille Deutschlands, sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages zu entziehen? Volkswirtschaftliche Naturgesetze, eberne Notwendigkeiten? Das wäre ja noch schöner! Woju hätte man denn den Feind niedergeschlagen, wenn man nicht hinterher ihm alles vorschreiben könnte. Wirtschaftliche Unmöglichkeit dürfen den Deutschen einfach nicht erlaubt werden, das ginge gegen Frankreichs Siegeshoffnung, gegen seine eigenen Lebensinteressen. Und damit basta!

Über nun kommt die Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller im Rheinland, an der man in Paris doch nicht gut mit der gleichen Selbstherrlichkeit vorbeigehen kann. In zwei Versammlungen hat sie sich mit den über alles geliebten „Sanktionen“ ihres Meisters Briand beschäftigt, was allein schon dafür spricht, daß sie von ihnen nichts besonders Gutes erwartet. Und sie gelangte zur Formulierung von Wünschen, die ebenso sehr von den deutschen Handelskammern des besetzten Gebietes herrühren könnten. Vor allen Dingen erinnert die Vereinigung an die unzulässige Lage, die durch die 50prozentige Abgabe vom Verkaufspreis der deutschen Waren und durch die Erhöhung der Zölle dem französischen Handel und der französischen Industrie im Rheinland bereitet werde. Die Zwangsmaßnahmen zwingen die französischen Kaufleute den Kampf anzugehen. Die einzige Folge sei die Verringerung der Zolleinnahmen, die Einstellung der Geschäfte und die Verleerung des Lebens in der Rheinprovinz. Schließlich werde auch der Widerstand der deutschen Großindustrie verstärkt und vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit in der deutschen Arbeiterklasse, was Unruhe nach sich ziehen könnte. Also wird das französische Parlament beschworen, sich noch bei Zeiten eines Besseren zu besinnen.

Wort für Wort fast kann jeder Deutsche diese französische Anmaßung der unabweislichen Folgen dessen, was die hohen Herren in Paris und London sich „Sanktionen“ zu benennen entschlossen haben, unterschreiben. In tausend Wendungen und Wiederholungen ist es vor, auf und nach der Londoner Konferenz den Herren von unserer Seite gesagt worden, daß sie nichts anderes als die Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens bewirken würden, wenn sie auf ihrem Willen beständen, und nun wird ihnen aus französischem Munde genau das gleiche Bedenken vorgehalten. Was hier für die Rheinprovinz angeführt wird, in der das französische Kapital sich ja schon einigermaßen häuslich niedergelassen hat, gilt natürlich in ganz demselben Sinne und mit unverminderter Berechtigung auch für das nichtbesetzte Deutschland — es ist nur ein Beweis für die ungemessene Kurzsichtigkeit der Urheber der „Sanktionen“, daß sie nicht einmal an diese nächstliegende Schädigung ihrer Interessen gedacht haben. Man weiß ja auch, daß die Londoner City von den neuesten Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland nichts weniger als entzückt ist; aber schließlich mußte sich auch die britische Geschäftswelt in das Unvermeidliche fügen, denn sie sah wohl ein, daß die Dinge, unter dem Einfluß der todenben Volksseele in Frankreich, zu weit gehen würden, als daß nächste Vernunft gegen die blinde Verfolgungssucht der Pariser Götze noch etwas auszurichten vermöchte. Was wird man nun aber zu dem Gejammer dieser doch ungewissen echten Franzosen sagen? Wird man meinen, daß sie durch den geschäftlichen Umgang mit den Deut-

chen schon allzu sehr verboscht seien, um noch als vollgültige Sprecher französischer Interessen gelten zu können? Die Vereinigung scheint in der Tat etwas Berartiges zu fürchten, denn sie läßt es nicht bei bloßen Warnungen vor dem, was nun über das Rheinland hereinbrechen soll, bewenden, sondern gibt sich die redlichste Mühe, die Herren in Paris auf andere Gedanken zu bringen. Sie möchte die Rheinlande — wohl gemerkt die immer noch deutschen Rheinlande! — ganz und gar in eigene oder interalliierte Verwaltung nehmen, was so ziemlich auf dasselbe herauskommen würde. Sie möchte eine Zollgrenze statt am Rhein lieber weithin östlich der Ruhr errichten und darüber hinaus Städte wie Frankfurt, Mannheim, Darmstadt, Hamburg besetzen. Der Einfachheit halber solle man zugleich auch die preussischen Beamten aus den Rheinlanden entfernen, und wenn alles das noch nicht reichen sollte, entfernen, Zölle und Eisenbahneinnahmen, Bergwerke, Wälder usw. beschlagnahmen, und wenn alles das noch nicht reichen sollte, schließlich auch noch besondere Steuern und Beschlagnahmen, ganz nach Bedarf und Willkür der Ententestaaten, er-bremen nach Magdeburg und Leipzig, von da nach Berlin, und, wenn alle Stränge reißten, nach Stettin und Breslau wären dann nur noch kleine Schritte zu wagen. Vor diesen zurückgesprungen, läge kein Grund vor, denn man hat ja seinen Marschall Hoch im Westen und seinen Marschall Pilsudski im Osten des Deutschen Reiches. Was braucht man mehr, um seinen Willen durchzusetzen!

Man sieht: Die französischen Kaufleute und Industriellen des Rheinlandes sind nicht mit Rücksichten in Verlegenheit, wie man den Teufel durch Besetzung vertreiben soll. Das eigene Haus möchten sie vor Brandstiftungen bewahren, bitten dafür aber den heiligen Florian umo inkündiger, das Nachbarhaus in Flammen zu setzen. Nach einfachem Menschenverstand werden die biederen Franzosen weder so noch so zu ihrem Gelde kommen. Aber was tut's: Es raft der See und will sein Opfer haben.

Schätzung unserer Zahlungsfähigkeit.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Wie aus Washington gemeldet wird, schätzt Bernhard Baruch, der Präsident der amerikanischen Reparationskommission, daß Deutschland die Summe von 15 Milliarden Dollar (210 Milliarden Frank, Papierfrank, oder 63 Milliarden Goldmark) zahlen könne, und daß es ohne Zweifel entschlossen sei, sie als Schadenersatzsumme auszugeben. Baruch sagt, daß dadurch eine bedingungslosige Annullierung der interalliierten Schulden herbeigeführt würde. Er regt auch an, daß die Vereinigten Staaten als eine Bedingung für die Annullierung die Befreiung der Handelsbeschränkungen stellen sollen, die in den Vorjahren der Ausfuhrabgaben der Entente bestehen.

Wird Frankreich weiter einrücken?

Aus Paris berichtet ein holländischer Diplomat folgendes: Niemand glaubt hier, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, diesen Monat 20 Milliarden zu zahlen, nachkommt. Man würde froh sein, wenn vor dem 1. Mai Deutschland neue eiliche Vorschläge macht. Dann würden die Ausführungen von Briands Drohungen verschoben werden. Die „Victoire“ hofft, daß Deutschland vernünftige Vorschläge macht. Die „Action Française“ erklärt, daß Briand sich am 1. Mai, dem Verfalltage der deutschen Verpflichtungen, auf die revolutionäre Bewegung in England berufen will, um die Ausführung der Drohungen vorläufig zu verschieben.

Neues zur Kriegsschuldfrage.

Das Mitglied des amerikanischen Senats, Philipp Francis, veröffentlicht eine Reihe von Artikeln über die Ursache des Krieges. Er sagt in seinem letzten Artikel u. a.: Am 15. März erhielt das „Völkische Volksblatt“ in Budapest ein Telegramm aus London, das zwar kein großes Aufsehen erregte, aber als eins der am meisten charakteristischsten Dokumente über das Entstehen des Weltkrieges betrachtet werden muß. Das Telegramm meldete, daß der serbische Kronprinz in London, wo er nach seinem Aufenthalt in Petersburg soeben eingetroffen war, betrunken in einer Gesellschaft von anderen Trunkenbolden sich damit gerühmt hatte, daß er soeben mit Sazonow den Anschlag auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand vorbereitet habe. Wenn dieser seine beabsichtigte Reise nach Bosnien und der Herzegovina ausführen werde, sollte er ausgeführt werden. Der Kronprinz sagte, daß beide davon überzeugt seien, daß dieser

wird den Krieg zwischen Serbien und Österreich-Ungarn veranlassen würde, und die unvermeidliche Folge würde dann sein, daß Deutschland seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn unterstützen werde, ebenso wie Frankreich seinen Bundesgenossen Rußland. Das „Neue politische Volksblatt“ enthielt diese Depesche am 15. März 1914 und 12 Wochen später unternahm Franz Ferdinand seine Reise, auf der er ermordet wurde, genau so, wie der betrunkene serbische Kronprinz es vorausgesagt hatte. In der kurzen Zeit zwischen der Vorbereitung und dem Mord wurden, wie die jetzt veröffentlichten Dokumente beweisen, insgesamt russische Truppen aus Sibirien nach Rußland herangeführt, und die russischen Regimenter in Europa, Rußland wurden in größerem Maßstabe geheim mobilisiert, während der deutsche Geheimdienst nur sehr ungenau Nachrichten erhielt. Es ist möglich, schreibt der Senator, daß die englische Regierung von den Verschwörern von Petersburg in Unwissenheit gehalten wurde. Doch es gibt Anzeichen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die französische Regierung genau davon unterrichtet war, daß die Falle, in der die Zentralmächte gefangen werden sollten, bereits gesteckt war und anfangs des Sommers 1914 zuschnappen sollte.

Kaiserin Auguste Viktoria ♀.

Fern von ihrer deutschen Heimat, im freiwillig gewählten holländischen Exil, in Auguste Viktoria, einstmalige deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, aus dem Leben geschieden. Mit ihrem Tode vollendet sich ein Brauen, ein Menschenlebenslauf, das wahrhaft ergreifend und tragisch wirkt und jedem, der ein mitfühlendes Herz in der Brust trägt, mag er sich zu den Freunden oder zu den Gegnern der verbliebenen Frau gezählt haben, achtungsvolle Teilnahme abringen muß. Das Wort des griechischen Weisen Solon: „Niemand ist vor seinem Tode glücklich zu preisen“, dürfte noch nie zuvor als so wahr empfunden worden sein wie hier, wo eine vorbildliche Gattin und Mutter, die einst die erste Dame eines blühenden großen Landes war, in ihrem Sturz von der Menschheit Höhen in tiefe Erniedrigung sank und in schwerem Leid und Kummer ihr Leben beschließen mußte.

Als die älteste Tochter des Herzogs Friedrich von Sonderburg-Augustenburg sich am 27. Februar 1861 zu Berlin mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen, dem ältesten Enkelsohn des Siegers von Sedan, vermählte, schien ihr die Welt in lauter Glück und Licht zu stehen. Nach einer wenig freudreichen Mädchenzeit, die in schlichter Häuslichkeit bei strenger, fast kaiserlicher Erziehung verbracht worden war, hielt die 23-jährige holländische Prinzessin ihren Einzug in des Deutschen Reiches Hauptstadt als Gattin eines kaiserlichen, dem vereinten Krone und Reichertum zu eigen werden sollten. Das häusliche Glück des jungen Prinzenpaars schien grenzenlos zu sein, und abergläubische Gerüchte mochten vielleicht damals schon ahnungslos und bangend an den „Reid der Götter“, der eines Tages das Kaiserhaus in seinen Grundfesten erschüttern könnte, gedacht haben. Sieben Kinder, sechs Söhne und eine Tochter, schenkte Auguste Viktoria ihrem Gatten, der durch das frühe Ende seines Vaters, des Kaisers Friedrich III., früher, als noch menslichem Ermessen erwartet werden konnte, auf den Thron berufen worden war.

Der Kritik seiner Mitmenschen kann sich kein Irdischer, und mag er auch noch so hoch stehen, entziehen, und so konnte es nicht wundernehmen, daß auch die öffentliche Tätigkeit der Kaiserin hier und da bekräftigt und vielleicht auch belächelt wurde. Aber über die Gattin, über die Mutter herrschte nur eine Meinung: man schätzte sie als ein Muster vieler Frauentugenden, wußte, daß sie in treuester Pflichtenübung ihrem Gatten zur Seite stand, sollte ihr Anerkennung dafür, daß sie sich die Pflichten und den Schwere mobiltätiger Anstalten zur besonderen Aufgabe machte, und zeigte auch Verständnis für ihre Religiosität, die sie veranlaßte, sich ganz besonders der Kirche anzuz-

